

diagonal

100 Jahre
BSPV

www.bspv.ch

Editorial



Mehr Gerechtigkeit für Kantonsangestellte

Zryd

Das Fass ist übergelaufen

Harte Sparmassnahmen, drohender Stellenabbau, ausbleibende Lohnentwicklung, gefährdete Revision des Personalrechts, ungelöste Pensionskassenfragen: Noch nie war die Lage in den letzten zehn Jahren dermassen unbefriedigend.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Die Grossratsmitglieder werden mit E-Mails wegen der kantonalen Sparmassnahmen eingedeckt. Die Bevölkerung leidet erstmals deutlich. Der Kanton Bern schnallt den Gürtel spürbar enger. Nicht wegen unbedachter Kommentare aus Tiefsteuerkantonen, sondern wegen der ungenügenden Einnahmen. Es wurde in den vergangenen Jahren zu viel bestellt. Insbesondere vom Parlament. Und der Bund hat seinen Kantonen zu viele neue Aufgaben aufgebürdet.

Dass nun die Angestellten, die unseren Kanton mit aller Umsicht verwalten und

gestalten, einen dermassen hohen Preis zahlen sollen, ist nicht akzeptabel. Die Personalverbände rufen zu einer kraftvollen Versammlung auf dem Bundesplatz auf. Wir zeigen am 16. März unsere Stärke. Wer nicht kommt, hat schon resigniert.

Es freut mich aber, dass auch positive Entwicklungen zu verzeichnen sind. Die fünfte Ferienwoche ist dank unseres jahrelangen Einsatzes und der Einsicht des Regierungsrates nun umgesetzt worden. Und wenn die Nationalbank mehr Geld ausschüttet als erwartet, soll das Personal 2013 ein bisschen davon profitieren können.

2 Aktuelles Thema

Inakzeptable Nullrunde für das Personal

Das Sparpaket für das Jahr 2013 soll eine finanzielle Verbesserung von 110 Millionen Franken bringen. Die Hälfte davon wird durch die Streichung der vorgesehenen Lohnmassnahmen erreicht.

5 Aktuelles Thema

Fünf Wochen Ferien für alle

Eine Sonderregelung sah vor, bei finanziellen Schwierigkeiten die Umsetzung der fünften Ferienwoche zu verschieben. Mitten in der Krise wird unsere Forderung umgesetzt.

Hinweis

Aufruf zur Demo am 16. März 2013

Das Sparpaket wurde im November im Grossen Rat besprochen und mit einer Ausnahme (Schülertransporte) vollumfänglich angenommen: Kein Lohnanstieg fürs Kantonspersonal. Eine Nullrunde! Das ist nicht akzeptabel! Der Regierungsrat und der Grosse Rat haben dort zugegriffen, wo möglichst schnell möglichst viel Geld eingespart werden kann: beim Personal. Wir wehren uns gegen diesen Abbau bei den Löhnen und beim Service Public. Der BSPV und die wichtigsten Personalverbände des Kantons Bern werden mit einer Kundgebung im März 2013 auf dem Bundesplatz ein Zeichen setzen.



Harte Debatte im Berner Rathaus

Zryd

Budgetdebatte

Inakzeptable Nullrunde für das Personal

Die Budgetdebatte war dieses Jahr geprägt vom Ringen der verschiedenen Anspruchsgruppen. Es wurde mit harten Bandagen gekämpft. Das Personal zahlt die Rechnung.

Der Kanton Bern hat in den letzten zehn Jahren seinen Schuldenberg massiv abgebaut. Durch Geld aus dem Verkauf von Nationalbankgold und einem rigiden Sparkurs bei den Lohnanstiegen, konnten die Schulden von 11 Milliarden auf die Hälfte gesenkt werden. Der Kanton Bern hat heute kein Schuldenproblem mehr.

Stets sinkende Einnahmen

Durch wesentliche Aufgabenverschiebungen des Bundes an die Kantone und die enormen Ausfälle durch die Unternehmenssteuerreform, entstanden bei fast al-

len Kantonen strukturelle Defizite. Das heisst, die Einnahmen und Ausgaben klaffen aus Systemgründen auseinander. Genau zu diesem Zeitpunkt hat das Berner Volk eine Steuersenkung beschlossen. Zusätzliche Begehren stehen noch an (Handänderungssteuer, Unternehmenssteuer).

Schmerzhaftes Sparpaket

Der Regierungsrat und die Finanzkommission haben ein Sparpaket für das Jahr 2013 geschnürt, das finanzielle Verbesserungen von insgesamt 110 Millionen Franken bringen soll. Die Hälfte davon wird

durch die Streichung der vorgesehenen minimalen Lohnmassnahmen erreicht. 2013 soll es eine Nullrunde geben.

Das ist ein Rückfall in die personalpolitische Steinzeit. Ein Antrag des BSPV-Präsidenten Peter Bernasconi, auf die Nullrunde zu verzichten, wurde mit 94 zu 51 Stimmen wuchtig abgelehnt. Dies obwohl ein eklatanter Nachholbedarf bei vielen Löhnen besteht. Das ist inakzeptabel. Wir wehren uns gegen diesen Abbau bei den Löhnen und beim Service Public. Setzen wir am 16. März 2013 gemeinsam ein Zeichen auf dem Bundesplatz.

Eventuelle Nachbesserung

Der BSPV-Geschäftsführer hat eine Motion eingereicht, die von der Finanzkommission übernommen wurde. Wenn die Schweizerische Nationalbank mehr als die vorgesehenen 83 Millionen Franken an den Kanton Bern ausschüttet, sollen diese Mittel für eine Lohnnachbesserung eingesetzt werden. Die Sparmassnahme beim minimalen Lohnanstieg würde dann rückgängig gemacht. Der Grossrat hat die Forderung mit 101 zu 39 Stimmen als Postulat überwiesen. Wir hoffen nun, dass im Verlauf des Jahres 2013 eine Lohnnachbesserung erfolgt. All jenen Grossratsmitgliedern, aus allen politischen Lagern, die Verständnis für das Kantonspersonal gezeigt haben, sei Dank. Wer dieser Minimalforderung zugestimmt hat, ist auf unserer Homepage www.bspv.ch > *Aktionen* > *Politische Vorstösse* ersichtlich.

Motorsägen ausgepackt

Gleich zwei Motionen wurden eingereicht, die einen enormen Personalabbau fordern. Holzschnittartig wird gefordert, den Personalbestand im Jahr 2013 um drei Prozent abzubauen. In den Folgejahren zudem um weitere fünf Prozent. Der Kanton Bern hatte Ende 2011 insgesamt 23 468 Angestellte auf 17 390 Stellen. Ein Abbau von drei Prozent entspricht der Kündigung von 705 Angestellten. Fünf Prozent sind weitere 1173 Personen. Wer so etwas fordert, hat sich von der Realität meilenweit entfernt und betreibt puren Populismus. Trotzdem wurde die Motion Knutti/Fuchs vom Grossen Rat als Postulat zur Prüfung überwiesen.

Der Regierungsrat muss nun die unrealistischen Forderungen überprüfen. Die Verwaltung wird einmal mehr von jenen beschäftigt, die schlankere Strukturen wünschen.

Im Januar steht erneut eine Abbaumotion zur Diskussion, die einen Abbau von 5 Prozent bis Ende 2015 fordert. Sie ist immerhin etwas überlegter formuliert als die Kahlschlagvariante. Allerdings wurde auch diese Motion von jenen eingereicht, die jeweils energisch protestieren, wenn die Verwaltung weiter zentralisiert, das Polizeikorps verkleinert und Schulen geschlossen werden. Sie wollen Leistungen

abbauen, aber nicht dort, wo sie selbst betroffen sind. Im Fokus stehen der Strassen- und Gebäudeunterhalt, die Denkmalpflege, der Archäologische Dienst, die universitäre Bildung und die Volksschulen.

Steinzeitökonomie der Personalabauer

Unser Rezept ist vernünftiger: Für einige Jahre ist ein Defizit in Kauf zu nehmen. Allenfalls sind die Einnahmen zu erhöhen und nicht noch weiter zu senken. Und wenn das vom Parlament grosszügig bestellte Leistungsangebot gekürzt werden soll, dann braucht es Zeit und Sorgfalt. Kündigungen sind für uns nicht akzeptabel. Ein Leistungsabbau braucht einige Jahre Zeit und kann nicht über das Knie gebrochen werden.

Die Texte der Motionen sind unter www.bspv.ch > *Aktionen* > *Politische Vorstösse* zu finden.

Rentner ohne Teuerungsausgleich

Der fehlende Teuerungsausgleich auf den Renten ist ein Dauerbrenner. Ein Verlust von über zehn Prozent Kaufkraft ist nicht akzeptabel. Dieses Jahr gibt es wenigstens keine Verschlechterung. Die voraussichtliche Jahresteuern liegt mit -0,6 Prozent im Minus. Da die Krankenkassenprämien nicht im Warenkorb enthalten sind, ist es ungewiss, ob die Rentnerinnen und Rentner die minimale Verbesserung zu spüren bekommen.

Mehr Lohn beim Bund

In den Zeitungen war zu lesen, dass die Bundesangestellten für 2013 bloss ein halbes Prozent mehr Lohn erhalten. Effektiv beträgt aber die durchschnittliche Lohnerhöhung vier Prozent! Das halbe Prozent wird für eine generelle Realloohnerhöhung für alle ausgeschüttet. Dazu kommen individuelle automatische Gehaltsaufstiege bis zu fünf Prozent. Im Schnitt beträgt der Stufenanstieg 3,5 Prozent. Ein halbes Prozent ist nicht immer ein halbes Prozent!

Attraktive und zeitgemässe Arbeitsbedingungen machen den Kanton zu einem konkurrenzfähigen Arbeitgeber.

Das Zusammenspiel von Lohn, zeitgemässer Vorsorge und hoher Flexibilität bei der Ausgestaltung der Arbeitszeit, führt zu konkurrenzfähigen Anstellungsbedingungen. Die langfristige Ausrichtung und die nachhaltige Ausgestaltung der Anstellungsverhältnisse machen den Kanton Bern zu einem berechenbaren und verlässlichen Arbeitgeber.

Papiertiger Personalleitbild Kanton Bern, Dezember 2006



Verzicht auf Nullrunde: Peter Bernasconis Antrag wurde abgelehnt.

Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

Oliver Grob

Kaufmann HKG,
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



Markus Glauser

Eidg. dipl. Versicherungsexperte,
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



Roland Kuonen

Eidg. dipl. Bankexperte,
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten

**Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand
> Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.**

Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

www.glauserpartner.ch



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45

Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

P+H

P+H PARQUET+
HOLZBAU AG BERN

Weissensteinstrasse 4
CH-3000 Bern 5
Tel: +41 (0)31 385 28 28
Fax: +41 (0)31 385 28 29
E-Mail: info@phbe.ch
Web: www.phbe.ch

**DIE PROFIS FÜR FENSTER, SCHREINEREI,
ZIMMEREI UND PARKETT**



Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero
am Breitenrainplatz
3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr

Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch

FRIWASH



**Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern**

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**

Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch



Bucher Baugeschäft AG

Ihr Partner für Reparaturen
Um- und Neubauten
Kernbohrungen und Betonfräsen
Sägematstrasse 2 | 3097 Liebfeld
Telefon 031 971 29 95 | www.bucherbau.ch

NEU: Keramische Wand-
und Bodenbeläge
www.bucherbau.ch/plattenarbeiten

diagonal

Klein, aber fein

Inserate im diagonal
sind nicht teuer,
dafür schön farbig!

für Fr. 110.-
pro Ausgabe sind
Sie dabei!

Tel. 031 300 63 89 oder
inserate@staempfli.com

Fünf Wochen Ferien für alle: Die Regierung setzt ein Zeichen

Jahrelang kämpfte der BSPV für die fünfte Ferienwoche für alle. Lange wurde sie versprochen. Nun wird unsere Forderung umgesetzt. Ausgerechnet in finanziell ausgesprochen angespannter Lage. Der Regierungsrat hat die Personalverordnung auf Anfang Jahr angepasst. Positives und Negatives halten sich die Waage.



Der Regierungsrat hat den Beschluss zur Einführung der 5. Ferienwoche bereits am 19. September 2007 gefällt. Eine Sonderregelung sah vor, bei finanziellen Schwierigkeiten die Umsetzung zu verschieben. Und nun, voll in der Krise wird ein Zeichen gesetzt. Das ist mutig. Das verdient Anerkennung. Schön wäre es, wenn die Regelung fünf, sechs und sieben Wochen, die der Detailhandel kennt, vollumfänglich übernommen worden wäre.

Der Ferienanspruch beträgt ab dem Neujahr mindestens 25 Tage für alle, 28 Tage für die, welche das 50. Lebensjahr erreicht haben und 33 Tage für die 60-jährigen.

Weitere Änderungen

Die Revision der Personalverordnung bringt aber auch einige Verschlechterungen. Das Langzeitkonto kann bloss noch bis zu 125 Tage geöffnet werden. Höhere

Guthaben gehen aber nicht verloren, sondern können abgebaut oder ausbezahlt werden. Neu können Mitarbeitende aus betrieblichen Gründen angewiesen werden, ihre LZK-Guthaben abzubauen. Damit wird eine unschöne und bisher illegal betriebene Praxis legalisiert. Auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmenden muss zwingend Rücksicht genommen werden. Und angemessene Fristen sind einzuhalten.

Minimaler Ferienbezug

Neu besteht ein Zwang, mindestens zehn Ferientage zu beziehen. Es kann also nicht mehr das ganze Ferienguthaben auf das LZK-Konto überwiesen werden und alle Freitage über GLAZ-Kompensationen bezogen werden. Der Ferienbezug muss aber möglich sein. Der Arbeitgeber ist für die Planung mitverantwortlich.

Die Abgangsentschädigung bei unverschuldetem Stellenverlust wird von maximal 18 Monaten auf 12 Monate gekürzt. Das ist bedauerlich, hat aber für kaum jemanden eine Bedeutung.

Mit all diesen Änderungen wird der Aufbau von Zeitguthaben limitiert. Dadurch darf der Arbeitsdruck auf die Arbeitleistenden nicht gesteigert werden. Diese Massnahmen setzen nun voraus, dass auch die entsprechenden personellen Ressourcen vorhanden sind und die Stellen besetzt werden. Beim Polizeikorps und an anderen Orten ist das noch nicht der Fall. Der Regierungsrat ist gefordert, die Konsequenzen zu ziehen und den Stellenstopp sofort aufzuheben.

Keine Ferienkürzungen

Ein Erfolg des BSPV ist, dass neu dienstlich verursachte Arbeitsverhinderungen

durch Unfall oder Berufskrankheit zu keiner Ferienkürzung mehr führen. Damit wird ein Postulat Burkhalter/Bernasconi/Meyer umgesetzt.

Einführung der Telearbeit

Eher nebensächlich ist die Einführung der Telearbeit in der Kantonsverwaltung. Es wird sich zeigen, ob sich diese moderne Arbeitsform durchsetzen wird. Es braucht Vertrauen, Fleiss, Grosszügigkeit und gegenseitiges Verständnis. Beide Seiten sollen profitieren.

Nicht erfüllte Forderungen

Völlig unverständlich ist jedoch, dass auf die vorgesehene Ausrichtung einer Guttschrift für Arbeit an Samstagvormittagen verzichtet worden ist. Diese Massnahme betrifft vor allem die Strassenmeister, die in einer tiefen Gehaltsklasse eingereiht sind. Bei der Einreichung der Petition, die die Ausweitung dieser Vergütung analog zur Privatwirtschaft forderte, reagierte der Regierungsrat positiv und versprach eine Neuregelung. Dass diese Massnahme nun aber verschoben wurde, lässt die ungute Vermutung offen, dass bei den zuständigen Stellen zu wenig Verständnis für handwerklich tätiges Personal vorhanden ist.

Vaterschaftsurlaub – immer noch ungenügend

Und dass der Vaterschaftsurlaub immer noch bloss zwei Tage beträgt, bedarf keines Kommentars. Die Verschiebung der Einführung eines substantiellen Urlaubs widerspricht allen Personalleitbildern und Absichtserklärungen des Regierungsrates. Familienförderung umfasst auch die Väter!

■ Pensionierung richtig planen

Sie wünschen sich:

Eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung **ohne Produkteverkauf**, welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse.

Bestellen Sie kostenlos unsere Broschüre mit vielen nützlichen Tipps.

Fankhauser, Fuchs & Partner
Pensionsplanung | Finanzplanung | Steuerplanung
Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92
E-Mail: info@gutgeplant.ch | Web: www.gutgeplant.ch

gutgeplant.ch 
Pensions-, Finanz- & Steuerplanung

Bernhard Fankhauser

dipl. Vorsorge- und
Vermögensberater SPPV
eidg. dipl. EHL



Guido Fuchs

Finanzplaner mit eidg. FA



Wir storen Sie!

Zum Beispiel mit:
Storensysteme für Wintergärten

Schmid-Storen AG
Industriestrasse 65 CH-3052 Zollikofen
Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52
info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf
• Montage • Service • Reparaturen
von Sonnen- und Wetterschutzprodukten

Kehrli+Oeler

CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11
www.kehrlioeler.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
Lagerlogistik

Regional • National • International

SPINAS CIVIL VOICES

**Diese Zeitung ist
lebenswichtig für Sie.
Nachts, wenn Sie auf
dem kalten Boden
schlafen müssen.**

Schutzlosigkeit und Ausbeutung sind traurige Realität
für Millionen Kinder weltweit.

Sie können helfen: www.tdh.ch • PCK 10-11504-8



Terre des hommes

Kinder brauchen uns.

tdh.ch





Keine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und mehr Verlässlichkeit des Arbeitgebers

Claude Röthlisberger ist der neue Vizepräsident des BSPV. Engagiert kämpft er für die Interessen der Romands. Mit Herzblut und Bodenständigkeit vertritt er auch die Interessen des Berner Jura. Als Vizepräsident der Delegiertenversammlung der BPK nimmt er Einfluss.

Weshalb stehst Du voll und ganz zum Kanton Bern?

Claude Röthlisberger: Ich bin ein richtiger und überzeugter Berner. Ein Wechsel zum Kanton Jura bringt keine Vorteile. Ein zweisprachiger Kanton ist etwas Besonderes und Gutes.

Du bist Mitglied der Union du Personnel. Haben die Romands Ansprüche an den BSPV?

In der heutigen Zeit der generellen Globalisierung und Weltöffnung treten Sprach- und Mentalitätsprobleme immer mehr in den Hintergrund. Der Kanton Bern muss sich auch genau deshalb weiterhin klar zur Zweisprachigkeit bekennen.

Mit Vehemenz wehrst Du Dich gegen den Primatwechsel. Weshalb?

Alle ähnlichen Reorganisationsprojekte sind noch nie zum Vorteil der Angestellten ausgefallen. Die Übertragung finan-

zieller Risiken vom Kanton auf seine Angestellten ist weder fair noch angemessen. Bei meiner seinerzeitigen Anstellung als Polizist, spielte die heute geltende Pensionskassenlösung eine Rolle für meinen Entscheid.

Bist Du bereit, das Referendum gegen den Primatwechsel in jedem Fall zu ergreifen?

Eher ja. Die definitiven Resultate sind aber noch abzuwarten. Ein Referendum gegen die drohenden Verschlechterungen muss sicher ernsthaft geprüft werden. Allerdings eher aus den entgegengesetzten Gründen als jene meiner Partei. Der Primatwechsel könnte natürlich auch abgeblasen werden. Denn die Übung kostet zu viel und soll gemäss Angaben der Projektleitung zu keiner Kostensenkung führen.

Bist du wegen deines Engagements in einem Personalverband schon kritisiert worden?

Nein. Kluge Leute wissen, dass die Stimme der Arbeitnehmenden formuliert und gehört werden muss. Partei- und Verbandspolitik sind nicht zwingend direkt miteinander verknüpft. So war zum Beispiel in Reconvilier der Präsident der Personalkommission der Boillat ein SVP-Mitglied.

Wo liegt noch Sparpotential beim Kanton Bern?

Unsere Verwaltung wird tendenziell komplizierter und vorsichtiger. Alles muss rechtlich abgesichert werden. Vielleicht bräuchte es etwas direktere Entscheidungswege und den Mut, auch Fehler zu akzeptieren.

Welche Forderung würdest Du dem Personal erfüllen, wenn Du Regierungsrat wärst?

Zentral ist die Verlässlichkeit des Arbeitgebers. Die Arbeitsbedingungen sollten nicht laufend verändert und eine zugesicherte Lohnentwicklung sollte wieder verankert werden. Die Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs war ein Fehler.

Claude Röthlisberger

Seit 2004 ist Claude Röthlisberger aus Reconvilier Mitglied der Geschäftsleitung des BSPV, seit Oktober als Vizepräsident. Zudem ist er Vizepräsident der Delegiertenversammlung der BPK. Politisch aktiv ist er als Präsident der SVP Berner Jura und Abgeordneter der Interjurassischen Versammlung. Ursprünglich war er Polizist. Heute arbeitet er im BECO als Projektleiter im Fachbereich Arbeitsmarkt.

«Die Übertragung finanzieller Risiken vom Kanton auf seine Angestellten ist weder fair noch angemessen.»

Zentralvorstandssitzung im Oberaargau

Am 19. Oktober 2012 traf sich der Zentralvorstand des BSPV im Schloss Wangen a. Aare. Hauptthemen der Vorstandssitzung waren der Voranschlag 2013 und die Statutenrevision. Auch wurden ein neues Mitglied der Geschäftsleitung und der Vizepräsident gewählt.



Der Zentralvorstand vor dem Schloss in Wangen a. Aare

Zryd

Im Schloss in Wangen a. Aare begrüßte unser Mitglied, Regierungsstatthalter Martin Sommer, den Zentralvorstand des BSPV und stellte die Region Oberaargau kurz vor. Nach diesem interessanten Einblick über diese Region, diskutierten die Delegierten den Entwurf für die neuen Verbandsstatuten zuhanden der nächsten Abgeordnetenversammlung.

Hans Kupferschmid wurde vom Vorstand in die Geschäftsleitung gewählt und ersetzt Pierre-André Musy – und Claude Röthlisberger ersetzt ihn als Vizepräsidenten.

Der umfangreiche Geschäftsbericht der Geschäftsleitung und die standespolitische Orientierung des Geschäftsleiters stiessen auf breites Interesse.

Städtliführung durch Wangen a. Aare

Nach dem Mittagessen wurden die Mitglieder des Zentralvorstands durch das geschichtsträchtige Wangen geführt. Das Städtchen gehört zum bernischen Oberaargau.

Wangen wurde im 13. Jahrhundert von den Grafen von Kyburg gegründet. Immer wieder wird Wangen verpfändet, bis es schliesslich 1406 an die Stadt Bern verkauft wird.

Heute ist der Ort vor allem dank der alten gedeckten Holzbrücke, dem historischen Stadtkern, dem Zeitglockenturm, oder dem alten Salzhaus und natürlich dem Schloss für jedermann einen Besuch wert. Das Schloss beherbergt derzeit das Regierungstatthalteramt.

Der BSPV wünscht Frohe Weihnachten!

Der BSPV wünscht seinen Mitgliedern und allen «diagonal»-Leserinnen und -Lesern Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins 2013. Wir bedanken uns insbesondere bei all jenen Menschen, die sich im Jahr 2012 für die Interessen des kantonalen Personals eingesetzt haben.

Die Geschäftsstelle des BSPV bleibt vom Freitag, 21. Dezember 2012, ab 16.00 Uhr bis und mit Mittwoch, 2. Januar 2013 geschlossen. Ab dem 3. Januar sind wir gerne wieder für Sie da.

Gratulation!

Wir gratulieren Daniel Bichsel ganz herzlich zur Wahl zum neuen Gemeindepräsidenten von Zollikofen. Unser Mitglied wird sicher dazu schauen, dass die Arbeitsbedingungen weiterhin so gut sind wie schon heute.

Hervorragend hat auch unser Mitglied Tania Espinoza Haller bei den Wahlen für den Gemeinderat von Bern abgeschnitten. Nur knapp verpasste sie den Einzug in die Exekutive. Bei den Stadtratswahlen erzielte sie das Spitzenresultat ihrer Partei.

Die beiden vom BSPV empfohlenen Kandidierenden haben sehr gute Resultate erreicht. Wir danken allen Wählerinnen und Wählern für die Unterstützung.

Anzeige



Muesmatt AG
Fenster und Schreinerei
 Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
 Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

So ein Inserat

diagonal

... fällt auf und kostet im diagonal
 nur Fr. 110.– pro Ausgabe!

Telefon 031 300 63 89 oder inserate@staempfli.com

Kurz gefragt – gut beraten

Der BSPV bietet seinen Mitgliedern den Berufsrechtsschutz. Vielfach reicht aber eine Beratung durch die Geschäftsstelle aus. Rechtliche Mittel sollen nur dort eingesetzt werden, wo keine Lösungen erzielt werden.

Ich bin im dritten Monat schwanger. Muss ich weiterhin Nachtschicht leisten? Und wie steht es mit dem Heben schwerer Lasten?

Das kantonale Personalrecht gibt dazu keine Auskunft. Verbindliche Regelungen sind in der Mutterschutzverordnung des Bundes zu finden, die auch für den Kanton Bern gelten.

Ab Beginn einer Schwangerschaft muss zwischen 20.00 und 06.00 Uhr keine Arbeit mehr verrichtet werden. Auf Anfrage beim Arbeitgeber kann der Schwangeren eine andere Arbeit zwischen 06.00 und 20.00 Uhr zugewiesen werden. Ab acht Wochen vor der Niederkunft ist keine Nacharbeit mehr gestattet.

Ab dem siebten Schwangerschaftsmonat dürfen Schwangere keine regelmässigen Lasten über fünf Kilogramm und keine gelegentlichen Lasten über zehn Kilogramm bewegen.

Nähere Angaben zum Mutterschutz erteilt die Geschäftsstelle.

Ist ein generelles Alkoholverbot am Arbeitsplatz statthaft?

Jeder Arbeitgeber kann den Konsum von Alkohol am Arbeitsplatz verbieten. Das Vorschreiben einer generellen Nullpromillegrenze, ohne dienstliche Notwendigkeit (Führen von Fahrzeugen und Bedienen von Maschinen), ist jedoch nicht zulässig. Das Bier am Mittag kann dem Büropersonal und den Handwerkern nicht verboten werden. Es gilt die Verhältnismässigkeit zu wahren.

Heikel wird es bei langen Pikettdiensten oder unvorhergesehenen Einsätzen bei Katastrophen oder grossen Schneefällen. Jeder und jede trägt da seine eigene Verantwortung.

Muss ich als Teilzeitmitarbeitende am Dienstag arbeiten?

Wenn im Anstellungsvertrag die Arbeitszeit nicht geregelt ist, dann wird die Arbeitsleistung in gegenseitiger Absprache zwischen dem Vorgesetzten und den Mit-



Schwangerschaft und Arbeit

Zryd

arbeitenden festgelegt. Der Arbeitgeber kann durchaus zwingende Arbeitszeiten festlegen, wenn dies der Dienstbetrieb erfordert. Er muss aber dabei auf die Bedürfnisse seiner Angestellten Rücksicht nehmen und hat seine Entscheide gegebenenfalls zu begründen. Bei einem Sekretariatspool sollte es aber möglich sein, dass eine Mitarbeiterin regelmässig am Dienstag das Enkelkind betreut. Noch besser ist es natürlich, wenn im Teilzeitarbeitsvertrag die Arbeitszeit in groben Zügen festgelegt wird.

Breites Angebot für BSPV-Mitglieder

Vom Erwerbsleben in den Ruhestand

Das Seminar «Finanzielle Planung richtig gemacht» wurde 2012 aus dem kantonalen Weiterbildungsprogramm gestrichen. Der BSPV erkannte aber dessen Wichtigkeit und hat den Kurs im Oktober mit Glauser + Partner durchgeführt. Das Interesse am Seminar blieb nicht aus. Im Kuppelsaal der Universität Bern war jeder Stuhl besetzt. Der BSPV hat sofort reagiert und bietet den Kurs im 2013 nun mehrfach an.

Zusätzliche Kurse und Seminare

Unter dem Motto: Weiterbildung für die Angestellten Bern, haben sich der BSPV,

der KV Bern, der SBK und LEBE zusammengetan und eine Broschüre mit einem interessanten und vielseitigen Kursprogramm erarbeitet. Die BSPV-Mitglieder profitieren von Vergünstigungen auf den Angeboten aller Seminare. Die Kursangebote für das Jahr 2013 werden Ende Dezember auf unserer Internetseite www.bspv.ch publiziert und im Februar erscheint die Broschüre mit den detaillierten Angaben als Beilage im diagonal.

Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen und hoffen natürlich, dass auch für Sie ein Kurs dabei ist, der Sie interessiert und weiterbringt.

BSPV-Seminare 2013

Tagesseminare

29.8. Dreisäulenprinzip und Pensionskasse – einfach erklärt

30.8. Comprendre le principe des trois piliers et sa caisse de pension

12.6. + 16.10. Burnout – Zuerst Feuer und Flamme, dann ausgebrannt!

Nachmittagsseminare

5.3. + 29.5. Coaching – ein Instrument für Führungspersonen

30.5. + 5.11. Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

Abendseminare

13.5. + 28.10. Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

Aktive Rentner – Aktive Rentnervereinigung

Der vierte Ausflug der Rentnervereinigung in diesem Jahr führte die Teilnehmenden an den Bielersee. Er verfolgt nicht nur kulturelle, kulinarische und touristische Zwecke.



Carnotzet von Familie Andrey in Schafis.

Susi Tschannen

Robert Ruprecht

Verärgert über Trittbrettfahrer

Die Anzahl der Trittbrettfahrer bei den Strassenmeistern ist zu hoch. «Bei uns herrscht mangelnde Solidarität und es ist schwierig, neue Mitglieder zu gewinnen», bemängelt der neue Präsident des Strassenmeisterverbands Kreis III, Thomas Hofer.



Vorstand der Strassenmeister: Engagement für gemeinsame Ziele.

Zryd

18 Mitglieder trafen sich in Worben zur Hauptversammlung. Zu reden gab die schwindende Solidarität in ihrer Berufs-

gruppe. Für viele Strassenmeister macht es wenig Sinn, dem Verband beizutreten. Denn egal ob der Regierungsrat eine For-

Zunächst stand der Besuch des Rebbau-museums in Ligerz-Schafis an, wo die Teilnehmer sich von Patrik Cosandier in die Vergangenheit und Gegenwart des Weinbaus am Bielersee einführen liessen. Dann folgte der Genuss von Bielersee-Felchen im Carnotzet von Röbi und Lisbeth Andrey in Schafis. «Nur am Bielersee versteht man es, Schweizer Fische köstlich knusprig zuzubereiten», wusste ein Teilnehmer zu berichten. Schliesslich wanderte man durch die liebevolle, frühherbstliche Reblandschaft und genoss den Blick auf das Alpenpanorama.

Der Präsident der Rentnervereinigung, Eugen Schneider, nutzte den Ausflug auch dazu, sich im Hinblick auf die Sitzung des Zentralvorstandes vom 19. Oktober über die Haltung der Basis zum Budget und zur Statutenrevision kundig zu machen. Sein Einsatz dafür, dass die Rentnervereinigung künftig auch den Status einer Sektion des BSPV haben soll, wurde per Applaus ausdrücklich gelobt.

derung des BSPV annimmt, verschiebt oder gar verwirft; sie gilt stets für alle Kantonsangestellten. So profitieren beispielsweise auch alle Nichtmitglieder vom Erfolg der BSPV-Forderung «Fünf Wochen Ferien für alle», welche ab 2013 umgesetzt wird. Genauso sind auch alle Strassenmeister von der vorerst verschobenen Ausrichtung einer «Gutschrift für Arbeit an Samstagvormittagen» betroffen.

Ein Beitritt in den Verband verspricht nicht nur ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Der BSPV bietet jedem Mitglied, welches beruflich in eine heikle Situation kommt und auf juristische Hilfe angewiesen ist, den Rechtsschutz.

Eindrücklich sind auch die Schilderungen der Rekrutierungsschwierigkeiten. Der Kanton kann qualifizierten Interessenten oft kein genügendes Lohnangebot unterbreiten. Und dass die Lohnsituation für die bewährten Strassenmeister ungenügend ist, ist hinlänglich bekannt.

Einheitliche Regelungen gewünscht – teilweise

Der Kanton Bern hat sehr viele Angebote im Bereich Freiheitsentzug und Betreuung: Anstalten, Gefängnisse, ein Massnahmenzentrum, Jugendheime, eine Bewachungsstation und einen Transportdienst.



Präsidiolen vom Amt für Freiheitsentzug und Betreuung

Zryd

Die Präsidiolen der Personalsektionen aus diesem Amt trafen sich am 7. November in der Geschäftsstelle des BSPV zur jährlichen Sitzung. Haupttraktanden waren die Themen Nachtgutschrift, Uniformierung, Gehaltsklasseneinreihung und Sicherheit am Arbeitsplatz. Dabei stellte sich heraus, dass es in den bernischen Anstalten keine einheitliche Regelung gibt. Teilweise ist das auch gut so.

Lohnzulagen sind eminent wichtig

Die Geld- und Zeitgutschriften für Nacht- und Wochenendarbeit sind nicht überall gleich geregelt. Wer bekommt die Zulage, wie hoch ist diese, wann gibt es sie und wann nicht. Da braucht es klare Regelungen und Verbesserungen. Und Kürzungen liegen nicht drin. Zulagen machen schnell einmal mehr als zehn Prozent auf einen teilweise kargen Lohn aus.

Differenzen bei den Gehaltsklassen

Bereits in der Januarsession des Grossen Rates wurde das Postulat Burkhalter «Löhne des Personals der Anstalten und Gefängnisse» mit grosser Mehrheit angenommen. Dieses verlangt einen Lohnvergleich mit anderen Kantonen und gegebenenfalls eine Anpassung der Gehaltsklasse und der Einreihung. Alle Mitarbeitenden

sollten mindestens in die Gehaltsklasse 13 eingereiht werden und jene mit dem SAZ Kurs in die Gehaltsklasse 14. Es bestehen aber auch hier noch nicht erklärbare Differenzen. Ebenso wie bei der Feuerwehrsteuer und bei der Dienstbekleidung. Das lässt immerhin einen gewissen Gestaltungsspielraum für die Direktoren.

Zunehmende Gewalt und Aggressionen

Die Sicherheit am Arbeitsplatz ist grundsätzlich gewährleistet. Jedoch hat die Gewalt gegen das Personal zugenommen. Gerade die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes sind besonders von zum Teil massiven körperlichen Angriffen betroffen. Die Anstalten bieten Verteidigungstrainings und Verhaltensschulung an. Das reicht aber noch nicht aus.

«Einerseits führt der fehlende Respekt zu mehr Gewalt, andererseits fühlen sich die Inhaftierten zu kontrolliert, zu eingengt», erklären sich die Mitarbeiter die Gewaltzunahme. Gerade in Prêles haben die baulichen Einschränkungen das Aggressionspotential gesteigert. Dies weil die sogenannten Fluchtwege fehlen und sich die zu betreuenden Jugendlichen dadurch bedroht und eingengt fühlen.

Die Direktion in Prêles hat das Problem erkannt und geht dieses nun an.

Kolumne

VPOD und BSPV solidarisch

Die Arbeitsbedingungen des Kantonspersonals sind grundsätzlich gut. Aber nicht überall. In vielen Bereichen herrscht seit Jahren Stillstand: Im Kaderbereich hat es immer noch zu wenig Frauen, der Vaterschaftsurlaub ist noch immer nicht eingeführt.

Die Lohnsituation ist für viele nicht mehr zufriedenstellend. Der Teuerungsausgleich wurde in den letzten Jahren zwar gewährt, der Rückstand aus früheren Zeiten beträgt aber immer noch mehr als zehn Prozent – dies beim Kantonspersonal wie auch den Lehrpersonen. Der Gehaltsstufenanstieg ist seit langer Zeit das grosse Sorgenkind. Der Regierungsrat hat bei guten Rechnungsabschlüssen Schulden abgebaut, statt ins Personal zu investieren. Es herrscht enormer Nachholbedarf. Die steigende Fluktuationsrate zeigt, dass junge und mobile Mitarbeitende dies nicht mehr akzeptieren und dem Arbeitgeber Kanton Bern den Rücken kehren.

Dagegen und gegen inakzeptable Verschlechterungen bei den Pensionskassenlösungen müssen wir uns wehren. Der VPOD und der BSPV solidarisch.



Von Béatrice Stucki

Gewerkschaftssekretärin VPOD Kanton Bern, Mitglied der Finanzkommission des Grossen Rates, Präsidentin Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung, SP

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

100 Jahre PVB

Der PVB, der grösste Personalverband des Bundes, hat im Oktober sein 100-jähriges Jubiläum im Casino in Bern gefeiert. gefeiert. Im Rampenlicht standen dabei zwei Frauen: Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und die neue Generalsekretärin des PVB, Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi. Im Gegensatz zum BSPV ist der PVB dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Er zählt etwas über 10 000 Mitglieder. Mehr dazu unter www.pvb.ch

Faule Innerschweizer?

In Tiefsteuernkantonen wird an zahlreichen katholischen Feiertagen nicht gearbeitet. An Allerheiligen blieben die Schalter geschlossen; ebenso an Fronleichnam, an Mariä Himmelfahrt und Empfängnis. Kantone, die dermassen viele Feiertage kennen, sollten mehr in den Nationalen Finanzausgleich zahlen, argumentieren Neider und Unwissende. Wir mögen es den Innerschweizer Kantonsangestellten gönnen und lassen sie in Ruhe – solange sie den Berner Bär nicht ärgern.



100 Jahre PVB

MAG Skurrilitäten

Aus einem Rundschreiben zitieren wir sinngemäss: «In unserem Amt wurden im Vergleich zu anderen Ämtern zu viele Leistungsbeurteilungen A+ vergeben. Der Direktor erwartet eine strengere Beurteilung. Aufgrund dieser angepassten Ausgangslage, werden alle unsere Mitarbeitenden mit der bisherigen Beurteilung um ein + zurückgestuft.» Die Redaktion begreift nicht, weshalb demotivierende Massnahmen ergriffen werden, ohne dass der Kanton dadurch einen Rappen gewinnt.

Kein Rentenalter 63 beim Kanton Bern

Innerschweizer Regierungsräte verbreiteten die Falschmeldung, dass der Kanton Bern seine Angestellten mit 63 Jahren in Rente schicke. Das Arbeitsverhältnis endet beim Kanton Bern mit dem 65. Lebensjahr oder freiwillig, mit einer vorzeitigen Pensionierung. Wie in fast allen anderen Pensionskassen ist auch im Kanton Bern ein Altersrücktritt ab 60 Jahren möglich. Dieser führt jedoch meist zu einer Kürzung der Rente.



Keine demotivierenden Massnahmen.

Grenze erreicht

Der Polizeiverband – zahlenmässig und in Sachen Engagement für faire und angemessene Anstellungsbedingungen die stärkste Sektion - hat die Grenze von 2000 BSPV-Mitgliedern erreicht. Herzliche Gratulation. Die exklusivsten Sektionen bilden die Fischereiaufseher mit acht und die Regierungsstatthalter mit neun Mitgliedern. Das scheint wenig, entspricht aber einem ausserordentlich hohen Organisationsgrad. Regierungsstatthalter gibt es ja bloss noch deren zehn. Leider.

Wahlempfehlungen

Der BSPV ist parteipolitisch unabhängig. Doch ist es schön, wenn sich unsere Mitglieder politisch betätigen. Staatsangestellte sollen mitreden. Der BSPV hat ein Reglement für Wahl- und Abstimmungsempfehlungen. Bei Gemeindewahlen können Kandidaturen unserer Mitglieder empfohlen werden, hingegen geben wir keine Empfehlungen bei der Wahl von Parteipräsidenten ab. Es freut uns aber, dass die Präsidenten der beiden grössten Parteien nun BSPV-Mitglieder sind.



Starker Polizeiverband

Impressum

diagonal



Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger, Ch. Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Cinq semaines de vacances pour tous

Cela fait maintenant des années que l'APEB se bat pour que la cinquième semaine de vacances soit accordée à tous. Elle fut maintes fois promise. Aujourd'hui, notre revendication est enfin satisfaite. Et justement à une période où le canton doit faire face à de grosses difficultés financières. Au début de l'année, le Conseil-exécutif a procédé à des adaptations de l'ordonnance sur le personnel.

Le Conseil-exécutif a arrêté sa décision le 19 septembre 2007 déjà. Une réglementation spéciale prévoyait que dans les périodes de précarité financière la mise en œuvre de la disposition serait renvoyée à une date ultérieure. Or aujourd'hui, alors que nous sommes en pleine crise financière, il se trouve qu'il veuille donner un signal. C'est une attitude courageuse, qui mérite toute notre reconnaissance. Le droit aux vacances comportera dès le début de l'année prochaine au moins 25 jours pour tous, 28 jours pour les plus de cinquante ans et 30 jours pour les plus de soixante ans.

Autres modifications

La révision de l'ordonnance sur le personnel comporte toutefois quelques aspects négatifs pour le personnel. Le compte épargne-temps ne peut être alimenté que jusqu'à la limite de 125 jours. Les crédits supérieurs ne sont cependant pas perdus mais ils peuvent être réduits ou compensés sous forme de versements pécuniaires. Désormais, les collaborateurs peuvent être tenus, si le bon fonctionnement du service l'exige, de diminuer leur crédit sur leur compte épargne-temps. Par là-même, une pratique usuelle peu souhaitable et jusqu'ici illégale devient légale. Il est indispensable de prendre en considération les besoins des collaborateurs et des délais convenables doivent être fixés.

Jours de vacances

Désormais, le collaborateur est obligé de prendre au moins 10 jours de vacances. Il n'est donc plus possible de reporter la totalité des vacances sur le compte épargne-temps et de prendre l'intégralité des jours

libres par le biais de compensations sur l'horaire de travail mobile (GIAZ). Le collaborateur a cependant droit à ses vacances. La planification des vacances incombe également à l'employeur.

La période sur laquelle porte l'indemnité de départ si l'employé est licencié sans qu'il en soit fautif est réduite de 18 mois au maximum à 12 mois.

Ces modifications limitent le système du compte épargne-temps. C'est regrettable, mais cela n'a d'incidence pour pratiquement personne. Elles ne doivent pas avoir pour effet que le collaborateur soit davantage mis sous pression. Ces mesures présupposent que les ressources en personnel soient suffisantes et que les postes soient occupés. S'agissant du corps de police et de certains services dans d'autres secteurs, ce n'est pas encore le cas. Le Conseil-exécutif est tenu d'en tirer les conséquences et de supprimer immédiatement le blocage des postes.

Pas de réduction

Par ses efforts, l'APEB a réussi à faire en sorte que les absences de collaborateurs pour cause d'accident ou de maladie ne soient pas imputées sur leurs jours de vacances. Le postulat Burkhalter/Bernasconi/Meyer est ainsi réalisé.

Exigences non satisfaites

Il est absolument incompréhensible qu'il soit renoncé au versement prévu d'une bonification pour le travail accompli le samedi matin. Cette mesure concerne en priorité les cantonniers, qui se voient rangés dans une classe de traitement inférieure. Lors de la remise de la pétition, qui exigeait l'augmentation de cette indemnité



comme c'est le cas dans le secteur privé, le Gouvernement a réagi positivement, promettant une nouvelle réglementation. Le fait que la mise en œuvre de cette mesure soit désormais reportée à une date ultérieure nous amène malheureusement à conclure que le Conseil-exécutif montre peu de compréhension pour le personnel chargé de tâches d'entretien.

Congé paternité encore insuffisant

Et le fait que le congé-paternité reste fixé à deux jours en tout et pour tout se passe de tout commentaire. L'ajournement de l'introduction d'un congé substantiel est contraire à toutes les lignes directrices sur le personnel et aux déclarations d'intention du Conseil-exécutif. La promotion de la famille inclut également les pères !



Résultats insuffisants au Grand Conseil.

Zryd

Gel des salaires inacceptable pour le personnel

Cette année, le débat sur le budget a été marqué par la lutte des différents groupes d'intérêts. Les coups ont été assenés avec vigueur. C'est le personnel qui paie la facture.

Le canton de Berne a considérablement réduit sa dette au cours des dix dernières années. Grâce à la vente d'or de la Banque nationale et une politique de rigueur stricte en matière de progression salariale, les 11 milliards de dette ont diminué de moitié. Le canton de Berne n'a aujourd'hui plus de problème d'endettement.

Des rentrées en constant recul

A la suite d'importants reports de tâches de la Confédération sur les cantons et les énormes pertes liées à la réforme de l'imposition des entreprises, presque tous les

cantons ont connu un déficit structurel. Cela signifie que les rentrées et les dépenses sont en déséquilibre les unes par rapport aux autres à cause du système lui-même. C'est juste à ce moment que le peuple bernois a approuvé une baisse des impôts. D'autres demandes du même type sont à venir (impôt sur les mutations, impôt sur les sociétés).

Douloureux paquet d'économies

Le Conseil-exécutif et la Commission des finances ont ficelé pour 2013 un paquet d'économies qui doit amener une amélioration

des finances de l'ordre de 110 millions de francs. L'abandon des mesures salariales minimales prévues permettra d'atteindre la moitié de cette somme. Il y aura donc un gel des salaires en 2013.

La proposition du président de l'APEB, Peter Bernasconi, de renoncer à ce gel a été massivement rejetée par 94 voix contre 51. Alors même qu'il existe un flagrant besoin de rattrapage pour beaucoup de salaires. C'est inacceptable! Nous opposons à ce démantèlement des salaires et du service public. Le 16 mars 2013, donnons ensemble un signal clair sur la Place fédérale.

Une amélioration est possible

L'administrateur de l'APEB a déposé une motion que la Commission des finances a acceptée. Si la Banque nationale suisse redistribue au canton de Berne plus que les 83 millions de francs prévus, cet argent devra être affecté à l'amélioration des salaires. La mesure d'économie touchant la progression minimale des traitements serait donc caduque. Le Grand Conseil a transmis la demande sous forme de postulat par 101 voix contre 39. Nous espérons donc qu'une amélioration des salaires aura lieu dans le courant de l'année 2013. Grâce à plusieurs députés du Grand Conseil qui, tous bords politiques confondus, se sont montrés compréhensifs envers le personnel de l'Etat. Les personnes qui ont approuvé cette revendication minimale sont visibles sur notre site Internet (seulement en allemand) www.bspv.ch > *Aktionen* > *Politische Vorstösse*.

Les tronçonneuses sont dégainées

Deux motions réclamant une énorme réduction du personnel ont été déposées simultanément. En gros, celles-ci demandent de réduire de 3% les effectifs du personnel en 2013, puis de 5% supplémentaires les années suivantes. Fin 2011, le canton de Berne comptait au total 23 468 employés pour 17 390 postes. Une diminution de 3% équivaut au licenciement de 705 employés, 5% correspondent à 1173 personnes. Il faut être à des lieues de la réalité et pratiquer du pur populisme pour réclamer une chose pareille. Le Grand Conseil a transmis pour examen la motion Knutti/Fuchs sous forme de postulat.

Le Conseil-exécutif doit maintenant examiner ces exigences irréalistes. Une fois encore, l'administration va être occupée par ceux qui souhaitent des structures légères.

En janvier, une autre motion, exigeant une réduction de 5% d'ici fin 2015, sera traitée par le Parlement. Sa formulation est tout de même quelque peu plus réfléchie que la variante prônant la coupe à blanc. Toutefois, cette motion émane elle aussi de ceux qui protestent toujours énergiquement quand l'administration poursuit sa centralisation, que le corps des forces de

police se réduit et que des écoles ferment. Ils veulent diminuer les prestations, sauf lorsqu'ils se trouvent eux-mêmes concernés par ces réductions. L'entretien des routes et des bâtiments, la protection des monuments historiques, le service archéologique, la formation universitaire et l'école obligatoire sont en ligne de mire.

Modèle économique digne de l'âge de pierre

Notre solution est plus raisonnable: pendant quelques années, il faut faire avec un déficit. Il faut augmenter les rentrées et non les faire baisser encore davantage. Et si l'offre de prestations généreusement commandée par le Parlement doit être raccourcie, il faudra du temps et de l'application. Nous n'accepterons pas de licenciements!

Vous trouverez le texte des deux motions sur www.bspv.ch > *Aktionen* > *Politische Vorstösse* (seulement en allemand).

Pas d'indexation pour les retraités

Le fait que les rentes ne soient pas adaptées au renchérissement du coût de la vie reste un sujet d'actualité. Perdre 10% de son pouvoir d'achat n'est pas acceptable. Cette année au moins, il n'y a pas de péjoration. Avec - 0,6%, le renchérissement annuel prévu se situe dans le négatif. Comme les primes des caisses-maladie ne font pas partie du panier de la ménagère, il n'est pas certain que les retraités et retraitées puissent sentir cette légère amélioration.

Salaire en hausse à la Confédération

On a pu lire dans les journaux que les employés de la Confédération n'obtiendraient en 2013 qu'un demi pour-cent d'augmentation de salaire. En fait, cette augmentation se situe en moyenne à 4%! Le demi pour-cent est octroyé à tous à titre d'augmentation générale du salaire réel. A cela s'ajoutent des progressions individuelles automatiques du traitement jusqu'à 5%. En moyenne, la progression d'échelon atteint les 3,5%. Un demi pour-cent n'est donc pas toujours un demi pour-cent!

Compétitivité et modernité des conditions de travail contribuent à faire du canton un employeur attractif

La compétitivité de l'employeur résulte de la conjugaison des conditions de salaire, du régime de prévoyance et de l'aménagement des horaires.

En gérant le statut de la fonction publique dans la continuité et la pérennité, le canton s'affirme comme un employeur sûr et fiable.

Le tigre de papier «Charte de la fonction publique du canton de Berne», décembre 2006



Abandon du gel des salaires: la proposition de Bernasconi a été rejetée.

Lehmann

diagonal

100 ans
APEB

www.apeb.ch

Avis

Appel à manifester le 16 mars 2013

Le paquet d'économies a été débattu au Grand Conseil en novembre dernier et, à une exception près il a été entièrement accepté : pas de progression des traitements pour le personnel de l'Etat. Bref, un gel des salaires !

Ce n'est pas acceptable ! Nous nous opposons à ce démantèlement des salaires et du service public. En mars 2013, l'APEB et les principales associations de personnel du canton de Berne donneront un signal clair lors d'une manifestation sur la Place fédérale.

Editorial



Davantage de justice pour les employés de l'Etat

Zryd

La coupe est pleine

Sévères mesures d'économie, menaces de réduction des postes, absence de progression salariale, révision de la Loi sur le personnel mise en danger, problème des caisses de pension non résolu: jamais encore la situation n'avait été autant insatisfaisante durant cette dernière décennie.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Les membres du Grand Conseil sont abreuvés de courriels concernant les mesures d'économies du canton. La population souffre pour la première fois réellement. Le canton de Berne sert encore plus la ceinture et ça se sent. Pas à cause de commentaires irréfléchis de la part des cantons dont le taux d'imposition est bas, mais à cause des rentrées insuffisantes. On en a trop demandé ces dernières années, en particulier le Parlement. Et la Confédération a chargé les cantons de trop de nouvelles tâches.

Il n'est pas tolérable que les employés qui gèrent et organisent le canton en toute

prudence doivent payer un si grand prix. Les associations de personnel appellent à un grand rassemblement sur la Place fédérale. Le 16 mars, nous montrerons notre force. Si vous ne venez pas, c'est que vous êtes déjà résignés !

Mais je suis heureux qu'il y ait aussi des évolutions positives à signaler. La cinquième semaine de vacances est désormais réalité, grâce à notre engagement depuis des années et le discernement du Conseil-exécutif. Et si la Banque nationale distribue plus d'argent qu'espéré, le personnel pourra en profiter un peu en 2013.